

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Verlagspreis: 10 Pf. für die Familienmitglieder, 15 Pf. für die übrigen. Einzelhefte 5 Pf. für die Familienmitglieder, 10 Pf. für die übrigen. Postgebühr 2 Pf. für die Familienmitglieder, 4 Pf. für die übrigen. Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Verleger. Die Zeitung wird am Sonntag und an Feiertagen nicht ausgegeben. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckkosten trägt der Abonnent. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckkosten trägt der Abonnent.

Nr. 8. Sonnabend den 11. Januar 1919. 78. Jahrg.

Umtlicher Teil.

Die Anmeldung der Kinder,

die Eltern schulpflichtig werden, hat Donnerstag den 16. und Freitag den 17. Januar vormittags 10-12 und nachmittags 2-4 Uhr zu erfolgen.

- Folgendes ist zu beachten:
1. Schulpflichtig sind alle Kinder, die bis zum 28. April d. J. das 6. Lebensjahr vollenden.
 2. Angemeldet werden können auch die Kinder, die bis zum 30. Juni d. J. das 6. Lebensjahr vollenden.
 3. Für die in Wilsdruff geborenen Kinder ist nur der Impfschein, für alle anwärts geborenen Kinder sind Geburtsurkunde mit Taufbescheinigung und Impfschein vorzulegen.
 4. Die Kinder sind möglichst mitzubringen.

Wilsdruff, am 9. Januar 1919 Die Schuldirektion.

Sonnabend den 11. Januar d. J.

vormittags von 11-1 Uhr

werden in der Markenausgabestelle, städtisches Verwaltungsgebäude (Zimmer 2)

Petroleummarken

für Familien, die völlig ohne Beleuchtungsmittel sind, ausgegeben. Wilsdruff, am 10. Januar 1919. Der Stadtrat.

Reffelsdorf.

Diejenigen Ortsbewohner, welche noch Anrecht auf Kartoffelbelieferung haben, wollen sich bis 13. d. Mts. unter Vorlegung der Marken im Gemeindeamt melden. Reffelsdorf, am 9. Januar 1919. Der Gemeindevorstand.

Der Bürgerkrieg in Berlin.

Arbeiten . . . arbeiten!

Als wir noch auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen, hatten die zuständigen Behörden einen großzügigen Plan entworfen, um der mit dem Frieden zu erwartenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Unter Zusammenbruch und die daraus folgende überstürzte Demobilisation hat aber diese Pläne zunichte gemacht und über das deutsche Volk die schmerzliche Erkenntnis eines wirtschaftlichen Lebens gebracht. Millionen von Arbeitslosen häufen sich in den Städten, da die Industrie infolge des Verlangens oder des Mangels an Maschinen und infolge des völligen Mangels an Rohstoffen nicht in der Lage ist, die notwendige Umstellung auf die Friedenswirtschaft vorzunehmen. Es muß damit gerechnet werden, daß in Deutschland in kurzer Zeit etwa 6 Millionen Menschen arbeitslos sein werden, d. h. also der größere Teil der in der Industrie tätigen Arbeiter.

Dazu kommt noch, daß der immer fühlbarer werdende Rohstoffmangel die industrielle Krise vertieft und daß leider mit jeder Steigerung gerechnet werden muß, daß nicht alle deutschen Kohlengebiete sich an der Kohlenförderung beteiligen und da ein Teil von ihnen (in Lothringen) wahrscheinlich für immer verloren ist. Endlich erhöht sich die Schwierigkeit der Arbeitslosenfrage noch durch die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die eine Begleiterscheinung der Revolution des 9. November, sich einerseits in den das Wirtschaftsleben aufs äußerste gefährdenden Lohnbewegungen und andererseits in den kommunistischen und sozialistischen Treibereien in Berlin und anderen Industriezentren bemerkbar macht. Die historische Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ist durch diese Folgeerscheinungen der Revolution gewaltig unterbrochen worden und der — auch von bürgerlicher Seite durchaus gebilligten — Sozialisierung droht durch sie die schwerste Gefahr; denn ganz wie in Rußland unter dem bolschewistischen Regime wird auch bei uns der Produktionsprozeß nicht für die Allgemeinheit nutzbar gemacht, sondern er wird durch diese Störungen und Eingriffe gefährdet, wenn nicht gänzlich stillgelegt.

Während die Erwerbslosenunterstützung aufgebracht wird, hat das Recht zu fordern, daß nicht Arbeitsunwillige auf Staatskosten ernährt werden.

Nur wenn die Regierung das Erwerbslosenproblem unter diesem Gesichtswinkel betrachtet und mit aller Energie diesen Grundgedanken Geltung verschafft, wird sie der Arbeitslosigkeit steuern und der drohenden Katastrophe Herr werden können. M. A. D.

Berliner Revolutionstage.

9. Januar.

Die Regierung fordert öffentlich auf, noch kurze Zeit Geduld zu haben und zusehends zu sein, wie sie es auch ist. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien am gestrigen Abend sind gescheitert.

Das W.L.B., der Vorwärts und die großen bürgerlichen Zeitungen sind noch immer von Spartakus besetzt und können nicht arbeiten.

Die Sicherheitswehr (3000 Mann), die bisher hinter dem Polizeipräsidenten Fickhorn stand, ist zur Regierung übergegangen.

Die Matrosen der Volksmarine-Division, die bisher als Liebfriedrichstr. 100 gestanden, haben erklärt, daß sie sich der Kommandantur unterstellen.

Verschiedene Botschaften sind ohne Wasser und Licht und zwar infolge Streiks der betreffenden Werke.

Neben dem Straßenbahnverkehr ist heute auch der Stadtbahnverkehr eingestellt.

Die Briefträger in den gefährdeten Gegenden der Stadt weigern sich Dienst zu tun, so daß die Briefbefreiung steht.

Das Provinzialamt und die Reichsdruckerei sind von den Regierungstruppen wiedergewonnen worden. Es wurde mit Artillerie geschossen.

Der Bürgerkrieg.

Von unserem nächsten Mitarbeiter.

CB, Berlin, 8. Jan. 1919.

Wir wollen uns nichts länger vormachen: es droht uns ein Bürgerkrieg in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Im Westen der Stadt ist es schon ruhig, wir ab und zu hört man von fern her das Knarren von Maschinengewehren. Auch die Straßen der Innere Stadt sind durchaus nicht etwa von kämpfenden Massen erfüllt. Im Gegenteil: ein Kundgang durch Leipziger, Wilhelmstraße, über die Linden in den frühen Vormittagsstunden unternommen, zeigt sehr bald einen friedlichen Verlauf gegenüber den vorangegangenen Tagen.

Nirgends, nicht einmal in der Siegesallee, dem täglichen Treffpunkt der revolutionären Arbeitermassen, ein Treiben, wie man es erwartet hätte. Regierungssoldaten, zu zweien oder dreien an den Straßenecken aufgestellt, kontrollieren den vorübergehenden Verkehr. Im übrigen aber machen diese Teile der Stadt eher den Eindruck eines Kriegslagerplatzes nach der Schlacht. Die Wilhelmstraße liegt wie ausgehoben da. Inzwischen merkt man bald, daß hinter den Fronten der Regierungshäuser eifrige Vorbereitungen für etwaige neue Kämpfe getroffen werden. Nur in der Friedrichstraße herrscht das wohlbekannte lebhafteste Gedränge. Dünnes Volk kommt mit den ebenfalls recht jugendlich aussehenden Köpfen wiederholt in scharfen Wortgefechten. Die Soldaten, stehen sich aber nicht einschüchtern, sondern legen auf eine Schelle anderswärts. Ganz hoch oben in den Wäldern stehen Ringkranz, die die allgemeine Aufmerksamkeit vorübergehend auf sich ziehen. Was sie wollen, was sie sollen, kann man nur vermuten. Jedenfalls: dieses wichtige Regierungsbüro ist offensichtlich zurzeit in der Hand der revolutionären Gewalt. Spartakus hat dieses Feld gewonnen — wie lange, ist allerdings eine andere Frage.

Aber weiter nach dem Zentrum hinein zwischen Leipziger Straße und dem Halleschen Tor reißt den ganzen Vormittag über das Gewehrfeuer nicht ab. Verwundete, die Straßenpassanten, zumeist wie es scheint Sprößlinge männlichen und weiblichen Geschlechts, die wie auf einem kleinen Revolutionsbühnen begriffen sind, haben kaum noch die Köpfe, wenn neue Gewehrschüsse erklingen. Als wir vor einem Jahr aus Petersburg, aus Moskau hörten, wie unglücklich rasch sich das Publikum dort in die täglichen Erscheinungen der Revolution gewöhnt habe, hielten wir diese Schilderungen für reporterhafte Blatztuererei. Jetzt erleben wir das gleiche Schauspiel bei uns in Berlin. Nur bei Maschinengewehrfeuer, oder wenn gar von fern her Geschütze ihre laute Stimme erheben, geht noch eine Bewegung des Schreckens durch die Reihen.

Sier im Zentrum tobt der Kampf ungenügend um das Zeitungsviertel. In erster Reihe soll das Geschichtshaus von Rudolf Rösser aus der Gewalt der Spartakusräuber befreit werden. An der Ecke der Jerusalem- und Schützenstraße gelegen, beherbergt es, man kann behaupten sagen, jenseitig, die benachbarten Straßenzüge bis hinüber zum Dönhofsplatz, wo Regierungstruppen mit Maschinengewehren Aufstellung genommen haben. Hier ist als erstes Opfer des heutigen Tages ein Gaul zusammengeknallt worden, aus dessen kaum erkalteten Körper einige Verwundete sich sofort die besten Fleischstücke herauszuschneiden. Die Belagerung des Hauses überreicht hinreichend von den beiden Frontseiten des Gebäudes aus mit ihren Waffen die Jerusalemstraße und man darf über keine sonderliche Unterscheidung zutrauen, ob sie es mit bewaffneten Weibern oder horizontalen Straßenschaufeln zu tun haben. Daneben in der Inneren Straße, vor dem Geschichtshaus von August Scherl ist es verhältnismäßig ruhiger, weil dieses Gebäude mit demjenigen Teil, der die Fabrikalagen und Maschinenräume umschließt, der Hauptpassage vom Dönhofsplatz zum Halleschen Tor gegenüber ausgeht ist. Auch am die Ecke Charlottenstraße, wo dem Volkschen Telegrafengebäude will die Schießerei kein Ende nehmen. Bald trägt sie nur den Charakter mehr spielerischen Genusses, bald sieht es aus, als sollte wieder einmal ein ernstlicher Sturmversuch gemacht werden. Jedenfalls: Gewalt wird jetzt gegen Gewalt geübt. Mit dem Verbunden wird keine lobbare Seite mehr vertrieben.

Es ist über Berlin der Bürgerkrieg heraufgezogen. Die Bürger haben ihn nicht gewollt, die Regierung hat sich gegen ihn auf das äußerste gestäubt, länger als sie es nach der allgemeinen Überzeugung hätte tun dürfen. Jetzt aber ist auch ihre Geduld erschöpft. Wenn ihre Augen die Erfahrungen der letzten Tage an ihr auch nicht vorübergehen lassen. Der Aufruf, mit dem sie heute früh ihren Entschluß, gründliche Arbeit zu tun, der Öffentlichkeit verkündet, ist nicht mehr an die Arbeiter, Soldaten und Bürger gerichtet, sondern er wendet sich an die Wärdner, die Arbeiter — wir sind also alle wieder gleichen Rechtes vor den Augen der Regierung. Und ein anderer Aufruf, der an den Rauerden Nebt und von dem Stadtkommandanten Rösser unterzeichnet ist, ruft gleichfalls alle wehrhaften Männer der Stadt an den Waffen und namentlich die Soldaten, ohne danach zu fragen, ob sie diese oder jener politischen Richtung angehören, ob sie sich in ihrem Herzen für die Regierung oder für die Arbeiterbewegung entschieden haben. Die ganze Bevölkerung kann das deutsche Reich noch retten vor völliger Untergang. Nur die wertvolle Mitarbeit des ganzen Volkes kann die Schranken des Bürgerkrieges trennen und nicht mehr abwenden, so doch wenigstens, so sehr abzurufen, wie die traurige Lage unseres Landes es überhaupt gestattet.